

Bauernbund Brandenburg ***christlich – konservativ – heimatverbunden***

Karsten Jennerjahn als Präsident einstimmig wiedergewählt

Der alte Präsident ist auch der neue: Auf seiner Mitgliederversammlung am 10. Februar 2009 in Falkenrehde bestätigte der Bauernbund Brandenburg den 46jährigen Diplomlandwirt Karsten Jennerjahn aus Schrepkow in der Prignitz einstimmig im Amt. Jennerjahn, der einen 400-Hektar-Ackerbaubetrieb im Haupterwerb bewirtschaftet, steht der Bauernorganisation seit 2001 vor.

Auch Vizepräsident Bringfried Wolter aus Willmersdorf im Barnim sowie acht weitere Vorstandsmitglieder wurden erneut gewählt. Neu im Vorstand ist der Agrarstudent Marcus Schilka aus Guhrow (Spree-Neiße). Nach 16 Jahren Vorstandsarbeit herzlich verabschiedet wurde der Milchviehalter Günter Dammaschke aus Schenkendöbern (Spree-Neiße). Dammaschke hatte dem Vorstand des Bauernbundes seit der Gründung als Landwirte-Verband 1993 angehört und vertritt den Bauernbund nach wie vor in der Tierseuchenkasse.

Einstimmig in den Vorstand gewählt wurden:

- Karsten Jennerjahn, Dorfstraße 21, 16866 Schrepkow (Prignitz)
- Bringfried Wolter, In Willmersdorf 401, 16356 Willmersdorf (Barnim)
- Reinhard Benke, Dorfstraße 42, 14806 Mörz (Potsdam-Mittelmark)
- Arnold Blum, Hauptstraße 4, 19357 Glövizin (Prignitz)
- Jens Gerloff, Waldweg 2, 16866 Gantz (Ostprignitz-Ruppin)
- Herbert Matthes, Freienwalder Chaussee 16, 16356 Blumberg (Barnim)
- Prof. Dr. Gottfried Leuthold, Kirchplatz 13, 19339 Glöwen (Prignitz)
- Gerd Schiele, Dorfstraße 27, 15345 Reichenow (Märkisch Oderland)
- Christoph Schilka, Lindenstraße 4, 03096 Guhrow (Spree-Neiße)
- Marcus Schilka, Lindenstraße 4, 03096 Guhrow (Spree-Neiße)
- Manfred Wercham, Dorfstraße 30, 15324 Wilhelmsaue (Märkisch Oderland)

Als Kassenprüfer einstimmig bestätigt wurden:

- Torsten Gerloff, Am Kirchplatz 1, 16866 Teetz (Ostprignitz-Ruppin)
- Harald Siekerkotte, Wittstocker Straße 28, 16909 Dossow (Ostprignitz-Ruppin)

Die Mitgliederversammlung hatte am Vormittag mit einer agrarpolitischen Kundgebung begonnen. Johanna Wanka, brandenburgische CDU-Vorsitzende und stellvertretende Ministerpräsidentin, bekannte sich zu starken ländlichen Räumen, die in der Regionalpolitik gleichberechtigt mit den Wachstumskernen und Ballungszentren behandelt werden müssen. Der Rechtsanwalt und SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch warnte in einem Fachvortrag davor, dass internationale Konzerne versuchen würden, über Sortenschutz und Nachbaugebühren sowie über Patente auf gentechnisch veränderte Organismen das Eigentum der Landwirte an Nutzpflanzen und Nutztieren auszuhöhlen.

Jennerjahn setzte sich in seinem Redebeitrag mit der Landwirtschaft und der Wirtschaftskrise auseinander (folgender Artikel). Der Geschäftsführer Reinhard Jung bezog sich auf das gerade gescheiterte Volksbegehren gegen neue Tagebaue und verkündete unter großem Beifall vor dem Brandenburg-Lied: "Die Dörfer Atterwasch, Kerkwitz und Grabko gehören für uns zur märkischen Heimat dazu."

Kein Ruf nach dem Staat

Aus dem Redebeitrag von Karsten Jennerjahn in Falkenrehde

Weltweite Konjunkturkrisen – so haben wir es ja einmal gelernt – sind völlig normal für ein bestimmtes Wirtschaftssystem. Sicherlich haben Spekulation und Geldgier zur derzeitigen Krise geführt, aber auch ein aufgeblähtes Finanzsystem und eine falsche staatliche Geldpolitik.

Wer hätte sich vor einem Jahr vorstellen können, dass Banker und andere Globalisierer aus Wirtschaft und Politik so jämmerlich nach dem Staat rufen – einem Staat, der hoch verschuldet eine Summe in der Höhe des gesamten EU-Agrarhaushaltes in einer Nacht für eine Bank verzoockt. Auch ist es amüsant zu sehen, wie scheinbar alles vom Klimakiller Auto abhängt.

Da werden doch glattweg die 50 % Mehrverbrauch des neuen Autos staatlich prämiert. Aber für unseren Agrardiesel, den wir zu 90 % auf dem Acker verfahren, zahlen wir nach wie vor Mineralölsteuer als Straßenbenutzungsgebühr.

Ich meine, der Staat sollte sich weitgehend aus der Wirtschaft raushalten und sich statt dessen um Straßen, Schulen und die ärztliche Versorgung auf dem Lande kümmern, vielleicht auch um so etwas wie DSL. Alles andere führt doch nur zu Wettbewerbsverzerrungen, Ungerechtigkeiten und Geldverschwendung. Das haben wir auch schon gesagt, als man uns vor zweieinhalb Jahren mit Dürrehilfen beglücken wollte.

Aus der Landwirtschaft war ja inzwischen auch schon etwas zur Krise zu hören, nämlich als Herr Sonnleitner mal wieder jammerte und nach dem Staat rief – Banken und Industrie würden soviel Geld vom Staat kriegen, klagte er, wo bleiben denn da die Bauern?

Ja, wo bleiben wir Bauern? Erstmal sind wir nicht die, die jammern, das unterscheidet uns von Herrn Sonnleitner und seinem Verband. Und dann sind wir nicht die, die in der Krise sind, das unterscheidet uns von Banken, Spekulanten und Großkonzernen. Wir haben solide gewirtschaftet und produzieren etwas, was alle brauchen. Und außerdem sind wir immer ein bisschen skeptisch, wenn der Staat sich zu sehr einmischt, deshalb zwei Aspekte:

- Erstens: Wie sollen denn Krisen künftig verhindert werden, wenn Missmanagement keine Konsequenzen hat, sondern alle Fehler durch großzügige staatliche Eingriffe aufgefangen und abgefedert werden?
- Zweitens: Wie sollen krisengeschüttelte Branchen sich nachhaltig erholen, wenn einfach nur Geld in die Wirtschaft gepumpt wird, um einen Konsum anzuheizen, den es ohne die Konjunkturpakete gar nicht geben würde, der also überhaupt keine tatsächlich vorhandenen Bedürfnisse befriedigt?

Deshalb meine Frage: Ist es wirklich erforderlich, dass der Staat jetzt den besseren Wirtschaftler spielt? Dass er das nicht ist, haben wir doch eigentlich schon an den staatlichen Landesbanken gesehen. Wäre es nicht einfacher und auch volkswirtschaftlich richtiger, der Staat würde solide bleiben, keine neuen Schulden machen und das Geld, das offenbar in Größenordnungen vorhanden ist, dafür einsetzen, dass keiner von denen, die durch die Krise aus der Bahn geworfen werden, hungern und frieren muss? Den Ruf nach dem Staat, meine sehr verehrten Damen und Herren, von mir werden Sie ihn nicht hören.



Karsten Jennerjahn

Pressemitteilung, 27. Januar 2009

Wir wollen dieses Geld nicht – Bauernbund Brandenburg lehnt Hilfsfonds für Milch ab

Mit scharfer Kritik hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, auf Überlegungen von Landwirtschaftsministerium und Landesbauernverband reagiert, einen Hilfsfonds für in Existenznot geratene Milcherzeuger einzurichten. “Wir wollen dieses Geld nicht”, erklärte Bauernbund-Vorstandsmitglied Jens Gerloff, der einen Milchviehbetrieb in Teetz (Prignitz) bewirtschaftet: “Wenn schon Wettbewerb, dann richtig. Aber bitte keine Wettbewerbsverzerrung, mit der nur wieder spezielle Betriebe begünstigt werden.”

Der Bauernbund hatte bereits im Herbst letzten Jahres vor einem Überangebot an Milch gewarnt und den Vorschlag des damaligen Bundeslandwirtschaftsministers Seehofer unterstützt, 4 Prozent der Milchmenge vom Markt zu nehmen, um die Erzeugerpreise zu stabilisieren. “Diesen Vorschlag hat der Bauernverband bekämpft und der Bundesrat hat ihn, leider auch mit den Stimmen Brandenburgs, abgelehnt”, klagt Gerloff an: “Der Bauernverband trägt damit eine erhebliche Mitschuld an der aktuellen Preismisere. Es ist höchst unglaubwürdig, erst eine Marktentlastung zu verhindern und dann an einzelne Betriebe Notgroschen verteilen zu wollen.”

Nach wie vor tritt der Bauernbund Brandenburg gemeinsam mit dem Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) für eine flexible Mengensteuerung bei Milch ein. Gerloff: “Nur durch Anpassung des Angebotes an die Nachfrage lassen sich auf Dauer die dringend notwendigen kostendeckenden Erzeugerpreise am Markt durchsetzen.”

Pressemitteilung, 3. Februar 2009

Aus für CMA – Bauernbund Brandenburg begrüßt Urteil gegen staatlich verordnetes Agrarmarketing

“Endlich”, kommentiert Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Absatzfondsgesetz, wonach Landwirte künftig keine Abgaben mehr für ein zentral gesteuertes Agrarmarketing zahlen müssen: “Die CMA war nie etwas anderes als ein Versorgungsinstitut für altgediente Agrarfunktionäre. Uns Landwirten wurde mit staatlicher Lizenz das Geld aus der Tasche gezogen.” Der Bauernbund hatte seit langem die Abschaffung der Zahlungspflicht gefordert und sieht sich in dem Urteil bestätigt. Jung: “Marketing für Agrarprodukte macht eigentlich nur Sinn, wenn Spezialitäten verkauft werden. Was dem einzelnen Betrieb wirklich etwas bringt, können wir Landwirte nun glücklicherweise selbst entscheiden.”

Pressemitteilung, 14. Februar 2009

Bauernbund Brandenburg: Gentechnik-Hochburg wird Ruine

Mit Genugtuung hat der Bauernbund Brandenburg auf die deutlich rückläufigen Zahlen beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Brandenburg reagiert. “Vor zwei Jahren waren zu diesem (spätesten) Zeitpunkt rund 2.100 Hektar angemeldet, vor einem Jahr rund 2.000, diesmal sind es nur knapp 1.650 Hektar”, freut sich Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung aus Lennewitz in der Prignitz. Der Bauernbund habe es immer kritisiert, wenn Brandenburg angesichts von nicht einmal 0,1 Prozent der Ackerfläche als Gentechnik-Hochburg bezeichnet wurde, so Jung: “Gegenwärtig kann man bestenfalls von einer Gentechnik-Ruine sprechen”. Der 43jährige Landwirt sieht die Grüne Gentechnik als “produktionstechnisch überflüssig und betriebswirtschaftlich gefährlich” an, vor allem wegen der patentrechtlichen Abhängigkeiten, die bei Nutzung gentechnisch veränderten Saatguts entstehen.

Erfolgreiche Landwirte würden deshalb auf Gentechnik verzichten, meint Jung: "Es sind jedes Jahr dieselben Pleitebetriebe und ackerbaulichen Blindgänger, die es nicht lassen können, vermutlich weil sie dafür Geld von der Industrie kriegen."

Wasserrahmenrichtlinie: Bauernbund Brandenburg wehrt sich gegen die Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne

Nachdem wir uns zwei Jahre durch die Institutionen gequält haben, sehen wir die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg als gescheitert an. Nachfolgend unsere Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zu den Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen für die Flussgebietseinheiten Elbe und Oder, abgegeben am 9. Januar 2009.

Der Bauernbund Brandenburg lehnt die Entwürfe der Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne für die Flussgebietseinheiten Elbe und Oder in der vorliegenden Form ab (...) Unsere bisher abgegebenen Stellungnahmen haben in die Entwürfe nicht oder nur ungenügend Eingang gefunden. Aus den Unterlagen geht außerdem nicht hervor, dass eine quantitativ nachvollziehbare wirtschaftliche Analyse der Wassernutzung mit Ermittlung der Umweltkosten und Feststellung der wesentlichen Verursacher stattgefunden hätte. Vielmehr hat ein Beteiligungsverfahren stattgefunden, das von Anfang an darauf ausgerichtet war, die Auseinandersetzung mit dem Thema zu erschweren, indem die komplexen Zusammenhänge durch miserabel aufbereitete Datenmengen eher vernebelt als erhellt wurden. An diesen Kernproblemen ändert auch das ernsthafte Bemühen einiger Mitarbeiter um Aufklärung nichts. Da die Wasserrahmenrichtlinie aber auf einen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie zielt, ist eine erfolgreiche Umsetzung in Brandenburg unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Bis zu einer grundlegenden Kurskorrektur werden wir daran arbeiten, die fehlerhafte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg zu verhindern, insbesondere Schaden von der Landwirtschaft abzuwenden. Deshalb stellen wir hiermit zusammenfassend und abschließend klar:

- Der Bauernbund Brandenburg akzeptiert keinerlei Beauftragungen der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Dies ergibt sich zum einen daraus, dass von der in Brandenburg betriebenen Landwirtschaft keine nennenswerten Belastungen für Wasserqualität und Wassermenge ausgehen. Zum anderen ergibt es sich daraus, dass von den Wirtschaftszweigen Braunkohletagebau und Binnenschifffahrt gravierende Belastungen für Wasserqualität und Wassermenge ausgehen und noch verstärkt werden sollen, so dass eine eklatante Ungleichbehandlung der Landwirtschaft festzustellen ist.
- Der Bauernbund Brandenburg begrüßt selbstverständlich weiterhin alle Maßnahmen zur Verbesserung von Wasserqualität und Wassermenge, soweit diese nicht mit einer Einschränkung der Landwirtschaft verbunden sind. Wenn auf der Grundlage der von uns abgelehnten Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne jetzt Gewässerentwicklungskonzepte erstellt werden, ist deshalb vor allem auf der Ebene der Gewässerunterhaltungsverbände sorgsam darauf zu achten, dass Kostenbeteiligungen, die letztlich auf die Landnutzer umgewälzt werden, nur dann eingegangen werden, wenn die Maßnahmen unmittelbar der Landwirtschaft zugute kommen, anderenfalls hat eine Komplettfinanzierung aus Mitteln des Natur- und Umweltschutzes zu erfolgen.

Mitglieder, die Probleme mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere mit den so genannte Gewässerentwicklungskonzepten bekommen, wenden sich bitte umgehend an die Geschäftsstelle, telefonisch (038791) 80200 oder per Mail an jung@bauernbund-brandenburg.de.